

Pfadwechsel!

Strategien für eine sozial-ökologische Zeitenwende

Einleitung zum Schwerpunkt

von Stefan Stache



Foto: www.fotolia.com, © Firma V

Bewunderer wie Kritiker waren sich im Stillen einig: Die „Eiserne Lady“ lebt – in Gestalt ihres politischen Nachlasses. Für manche ist das befremdlich. Für uns ist es vor allem eine Herausforderung. Nicht nur, dass die Maßnahmen der Finanzmarktregulierung relativ spärlich ausfielen. Die tonangebende Kräftekonstellation in Europa, allen voran in Berlin, hat das Kunststück vollbracht, die Krise als eine Staatsschuldenkrise umzudeuten. Im Süden Europas wälzt die Politik mittels beispielloser Sparpakete die Kosten der Krise auf die weniger und unterprivilegierten Milieus ab. Zugleich erklingt von neuem eine altbekannte Melodie: Arbeitnehmerrechte seien ein Hindernis für Wachstum und würden den Abbau von Arbeitslosigkeit verhindern. Allerdings tönt sie diesmal aus Fanfaren, die ganze wohlfahrtsstaatliche Pfade in Frage stellen:

Zur Disposition stehen unter anderem Tarifautonomie, Renten, die Wasserversorgung als öffentliches Gut und die Lebensperspektiven ganzer Generationen. Dies führte nicht nur zum Erstarken gesellschaftlicher Gegenkräfte bis hin zur Rückkehr von sozialen Bewegungen. Bei genauerem Hinsehen offenbaren sich auch die Risse im neoliberal-konservativen Lager selbst: die mageren Ergebnisse einer uninspirierten Angebotspolitik bleiben nicht ohne Zersetzungswirkungen auf verschiedene mächtige Interessengruppen, wie die der Finanzwirtschaft, der Exportindustrie und eher regional bis national ausgerichteter kleiner und mittelständischer Unternehmen. In der Hochfinanz selbst scheiden sich die Geister am Kurs der EZB. Ihr Versuch, unter anderem durch Ankauf von Staatsanleihen den Euro zumindest nicht noch tiefer in den

Abgrund reißen zu lassen, traf auf den Widerspruch der geldpolitisch orthodoxen Bundesbank.

Solche Friktionen sind symptomatisch für den Krisenverlauf und eröffnen natürlich auch Perspektiven für politische Alternativen. Die Sollbruchstellen des Neoliberalismus sind häufig beschrieben worden – wir versuchen einen neuen Anlauf und fragen in diesem Heft: Begünstigen die Brüche, die zum Teil noch unterhalb der medialen Oberfläche verlaufen, den politischen Wechsel zu einer sozial-ökologischen Reformpolitik, die auf sozio-ökologischen Ausgleich im Gleichschritt mit einer effektiven Neuaufrichtung zentraler Märkte abzielt? Welche Akteure treiben und welche blockieren eine solche mögliche Transformation? Wie können in Anbetracht der zunehmenden Widersprüche der ökonomischen Mainstream-Rezepte mehrheitsfähige linke Allianzen geschmiedet werden?

Wie Benjamin Mikfeld und Jan Turowski betonen, sind Diskurse nicht das schlichte Ergebnis einer diskursiven Strategie sondern einer komplexen Struktur von politischen Kräften, in der verschiedene Interessen um Deutungshoheit ringen. Um als Akteur einen Diskurs strategisch zu führen, wird ein präzises Bild des Spielfeldes benötigt. Allein auf der linken Seite der Arena haben wir es mit mehreren „Diskurswelten“ zu tun, die sich zum Teil stark von einander abgrenzen. Sie sind auf Innovation und Wettbewerbsfähigkeit, auf soziale Gerechtigkeit oder auf globale Nachhaltigkeit und Postwachstum konzentriert. Die Autoren zeigen auf, wie die Schnittmengen zwischen diesen Welten erhöht werden können und Allianzen entstehen, die meinungsprägend und mehrheitsfähig sind.

Gegendiskurse für einen sozial-ökologischen Umbau haben nur dann eine Chance, wenn sie nicht am Zeichenbrett enger politischer Zirkel, sondern in einem partizi-

pativ-demokratischen Prozess auf Augenhöhe der Bewegungen, Initiativen und Parteiströmungen erarbeitet werden. Ohne dieses integrative Aushandeln kann das notwendige hohe Maß an Unterstützung nicht mobilisiert werden. Ansätze für transformatorische Projekte, die eine Verbindung zwischen Ökonomie und Innovation, Verteilungsgerechtigkeit und globaler Nachhaltigkeit herzustellen suchen, werden seit einigen Jahren unter den Titulaturen „green new deal“, „Kurswechsel“, „Pfadwechsel“ oder die „Gute Gesellschaft“ debattiert. Gemeinsam ist ihnen eine umfassende nachhaltige Sicht, die eine Mehrfachkrise von Wirtschaft und Gesellschaft diagnostiziert, die globale Perspektive einschließt und auf keynesianische Ansätze (unterschiedlicher Ausprägungen) der Wirtschaftspolitik zurückgreift. Für eine links-keynesianische wirtschaftspolitische Strategie plädieren auch Max Reinhardt und Michael Vester. Sie führen die Rückkehr partizipatorischer Bewegungen auf tief greifende Veränderungen der Alltagskultur und der sozialen Strukturen zurück. Im Zentrum dieser Umbrüche stehe eine junge, gut ausgebildete Generation, denen Partizipation und Wohlstand vorenthalten werde. Es gehe bei den sozialen Protesten also nicht nur um Umverteilung, sondern um Nachhaltigkeit, demokratische Mitgestaltung und Kritik an der etablierten Politik.

Eine linke Volkspartei wie die SPD hat natürlich das Potenzial für einen gesellschaftlichen Umbau. Ihre Rolle ist es u.a. Brücken über die verschiedenen Diskurswelten zu bauen, Räume für Debatten anzubieten und diese von der Straße in die parlamentarische Arena zu tragen sowie schließlich entsprechende Mehrheiten zu organisieren. Allerdings leidet die Partei seit rund zehn Jahren unter einer Mobilisierungsschwäche bei Wahlen. Ausgelöst durch eine Politik gegen das eigene Lager während der 2000er Jahre, sieht sich die Partei mit dem Verlust von sozialem Kapital, dem Vertrauen ihrer Wäh-

lerklientel, konfrontiert. Max Reinhardt und Michael Vester zeichnen nach, dass die SPD immer dann erfolgreich war, wenn ihr die Integration der progressiveren Milieus gelang und sie sich für linke Reformpolitik und mehr demokratische Mitgestaltung öffnete. Zwar habe die Partei die Politik der Agenda 2010 teilweise revidiert und das Wahlprogramm für die Bundestagswahl sei links orientiert; jedoch fehle eine programmatisch glaubwürdige Klammer zwischen der linken und rechten Strömung, die im Kompetenzteam repräsentiert sind. Zudem sei es der SPD, anders als den Grünen, nicht gelungen, die jungen und modernen, gut gebildeten Arbeitnehmermilieus zu mobilisieren. Sie sind, so die Autoren, durch neoliberale Sparpolitik von der Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen bis hin zur Prekarisierung der Arbeits- und Lebenswelt betroffen. Nur wenn die SPD zu einem Meinungspluralismus zurückkehre und die Ausgrenzung der linken Strömung dauerhaft beende, könnten diese Milieus wieder erreicht werden.

Der Weg zu einer Kraft, die einen linken Wandel gestaltet, wird für die SPD steinig und ist nicht mit der Revision einiger Positionen erledigt. Matthias Micus sieht ihn durch den Wandel der Anhängerschaft, die (jüngere) Geschichte der Partei und ihre Theoriebildung blockiert. So sei die Zahl der gewerkschaftsgebundenen Arbeiter, die SPD wählen, zwischen 1998 und 2009 von 66 auf 34 Prozent geschrumpft. Nach der Phase der marktliberalen Orientierung wirke ein Wechsel zu einer neuen linken Politik kaum glaubwürdig. Außerdem mangle es in der SPD an politischen Konzepten. Kritisch setzt Micus sich dabei insbesondere mit dem von Christian Kellermann und Henning Meyer vorgelegten Buch „Die Gute Gesellschaft“ auseinander. In diesem, so formuliert er kritisch, werde zwar noch keine geschlossene sozialdemokratische Erzählung vorgelegt. Allerdings böten die darin formulierten Gedanken aus seiner Sicht fruchtbare Ansätze für ein sozialdemokratisches Projekt.

Hierzu zählt er unter anderem die Debatte um einen kritischen Fortschrittsbegriff und die Wiederentdeckung der Gleichheit, nicht allein unter sozialen, sondern unter ökonomischen Aspekten.

Schnell führt eine Zwischenbilanz der bisherigen Debatten zur Bestätigung der Erkenntnis, dass die Sozialdemokratie nicht ohne eine neue emanzipatorische Erzählung der Zukunft auskommt. So kritisiert die schwedische Intellektuelle Jenny Andersson den Versuch von New Labour, die Begriffe Freiheit und Chancen von den Neoliberalen zurückzuerobern. Denn jener Versuch führte aus ihrer Sicht zur Akzeptanz der Vorstellung, Chancen würden sich durch Leistung von selbst öffnen. Es sei zu einer Fixierung auf eine Sozialdemokratie der Leistungsfähigen und Starken gekommen. Ihre Erzählung handelte so nicht mehr von Freiheit, sondern - gerade in der Wahrnehmung der vermeintlich umworbenen modernen Arbeitnehmer - von Paternalismus und sozialer Kontrolle. Denn die Erzählung stand im Widerspruch zur Alltagserfahrung der verschlossenen Aufstiegswege und mangelnder Mitgestaltungs- und Entfaltungsmöglichkeiten trotz Leistung und guter Qualifikation. Andersson plädiert daher für eine Vision, die ein Recht auf Zukunft für alle Menschen einfordert und sie nicht als zu steuernde Subjekte, sondern als kompetente Persönlichkeiten wahrnimmt. Darüber hinaus müsse sich die Sozialdemokratie von tradierten Wachstumsvorstellungen lösen.

Obleich sich das Leistungsprinzip nicht aus den neoliberalen Theorien ableiten lässt - diese stützen das marktgesteuerte Erfolgsprinzip - lebte deren Politikmodell vom Mythos der individuell bestimmbaren Karriere durch Leistung. Dieses Aufstiegsversprechen appellierte an die Leistungs- und Bildungsbereitschaft, die sich gerade in den Arbeitnehmermilieus mit einem Aufstiegswillen verbinden und instrumentalisierte die Erzäh-

lung der alten Bundesrepublik, welche Teilhabe gegen Leistung zugesichert hatte.

Mit der erstarkenden Kritik an der wachsenden sozialen Ungleichheit und den Legitimationsproblemen neoliberaler Diskurse wurde die entsprechend umgedeutete Erzählung zunehmend als ungedeckter Scheck entlarvt.

Eine Auseinandersetzung um die Frage, wie der Freiheitsbegriff wieder durch progressive Diskurse gestaltet und genutzt werden kann, wäre für die Linke daher eine lohnende Aufgabe. Die Revitalisierung des progressiven Freiheitsbegriffs sollte sich auf die Lebensqualität als Ganze, biografische Selbstbestimmung und die Demokratisierung der Wirtschaft und Politik richten. Freiheit muss dabei als gemeinsame Freiheit, unter Erneuerung und Schaffung gesellschaftlicher Solidarität, verstanden werden.

Über die Notwendigkeit eines linken cross-overs herrscht in den Debatten kein Dissens. Ansätze für gesellschaftliche Umbauprojekte werden seit Jahren debattiert, Schnittmengen zwischen den Strömungen sind ausreichend vorhanden. Die praktischen Umsetzungsversuche waren jedoch zeitlich relativ beschränkt und konzentrierten sich auf einzelne Kongresse oder Projekte. Das Institut Solidarische Moderne ist einer der wenigen langfristig angelegten Zusammenhänge, der nicht nur die Reformprojekte debattiert, sondern auch die demokratischen Prozesse selbst. Andrea Ypsilanti zeigt auf, dass Synthesen der verschiedenen linken Diskurse möglich sind, wenn organisations- und traditionsbedingte Verkennungen begrenzt werden können. Solche grundlegenden Prozesse benötigten jedoch die erforderliche Zeit und fänden ihre Grenzen noch dort, wo die Diskussionsergebnisse in die jeweiligen Mutterorganisationen der Akteure zurückgespielt werden sollen. ■

☞ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw.

Dynamik der Krise



Kapitalismus – eine Religion in der Krise I

Grundprobleme von Risiko,
Vertrauen, Schuld

Herausgegeben von Georg
Pfeleiderer und Peter Seele

2013, 386 S., brosch., 49,- €

ISBN 978-3-8487-0016-5

(Religion - Wirtschaft - Politik, Bd. 8)

www.nomos-shop.de/20056

Die Autoren bündeln ihre Einsichten und fordern für unsere Gegenwart eine „ökonomische Aufklärung“, die zugleich eine Erneuerung der universitären Lehre von Wirtschaft und Management anregt.



Nomos